



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

## **Nachrichten**

### **Kriegstreiber unerwünscht! – Savas Kiskiritcisi Defol!**

***Nick Brauns***

Während die türkische Armee am Montag erneut auf den Einschlag einer aus Syrien abgeschossenen Granate mit dem Beschuß syrischen Territoriums reagierte, warnte der Oberbefehlshaber der US-Landstreitkräfte in Europa, Generalleutnant Mark P. Hertling, vor voreiligen Schlüssen. »Wir sind nicht sicher, ob diese Granaten von der syrischen Armee, von Rebellen, die die Türkei in den Konflikt ziehen wollen, oder von der PKK stammen«, so der General im Interview mit dem Fernsehsender NTV.

Beim gemeinsamen Mittagessen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel will sich der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am Mittwoch in Berlin deutscher Unterstützung für sein Spiel mit dem Feuer versichern. Erdogans Kriegskurs gegen Syrien wird unterdessen nicht nur von der Mehrheit der Bevölkerung in der Türkei abgelehnt, sondern auch von großen Teilen der in Deutschland lebenden Türken und Kurden. Mit einer Großkundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin wollen Migrantenverbände daher am Mittwoch ab 10.30 Uhr gegen die kriegstreiberische Politik der türkischen Regierung demonstrieren.

Nachdem im März noch Zehntausende Aleviten und Kurden in Bochum getrennt gegen die Verleihung des »Steiger-Award« an Erdogan marschierten, haben sich die Dachverbände dieser Migrantengruppen jetzt erstmals auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Organisiert wird die Kundgebung unter anderem von der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland Yek-Kom, dem Zentralrat der Armenier, assyrischen, aramäischen und ezidischen Verbänden sowie sozialistischen Vereinigungen. »Wir stehen für die Vielfalt der Sprachen, die Vielfalt der Völker, die Vielfalt der Religionen und für den Frieden«, heißt es in dem Aufruf des Bündnisses, das ein Teilnehmer auf dem Vorbereitungstreffen »eine historische Einheit der Unterdrückten, die in die Türkei zurückwirken sollte«, nannte. Die Kundgebung richtet sich so gegen die Unterdrückungspolitik der seit zehn Jahren allein regierenden islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) gegen religiöse und ethnische Minderheiten sowie die Repression gegen die Gewerkschaftsbewegung. Explizit solidarisieren sich die Kundgebungsteilnehmer mit dem seit dem 12. September andauernden Hungerstreik von Hunderten kurdischen Gefangenen, die ein Ende der Isolationshaft von PKK-Führer Abdullah Öcalan und die Aufhebung aller staatlichen Barrieren gegen den Gebrauch der kurdischen Sprache fordern.

Der Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde Deutschlands, Ali Dogan, rechnet trotz des Werktags in Berlin mit 10000 Kundgebungsteilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet. Als Rednerin erwartet wird neben der Sprecherin für internationale Beziehungen der Linksfraktion, Sevim Dagdelen, auch die Bundesvorsitzende der Grünen, Claudia Roth. Die lange als Erdogan-freundlich geltende und in der Vergangenheit militärischen Lösungen nicht abgeneigte Grünen-Chefin sprach sich am Montag explizit gegen die Aufrüstung der syrischen Opposition durch die Türkei



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

und die Einrichtung von Schutzzonen auf syrischem Boden aus. »Das wäre nichts anderes als eine Intervention auf syrischem Gebiet und ein Brandbeschleuniger.«

Bereits am Dienstag eröffnen Erdogan und Außenminister Ahmet Davutoglu gemeinsam mit dem deutschen Außenamtschef Guido Westerwelle im Berliner Diplomatenviertel am Tiergarten das weltweit größte türkische Botschaftsgebäude. Hier hat die rechte Anti-Islampartei Pro Deutschland eine Protestkundgebung angemeldet.

**Quelle:** <http://www.jungewelt.de/2012/10-30/011.php>

---

### **Aleviten-Proteste in Berlin**

#### **Rund 2000 Menschen demonstrieren gegen Erdogan**

Rund 2000 Menschen haben am Mittwochvormittag in Berlin gegen die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan demonstriert. Aus ganz Deutschlands sind Aleviten zu den Protesten angereist.

Die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF) erwartete mindestens 10 000 Demonstranten. 70 Busse aus vielen Orten Deutschlands kämen nach Berlin, sagte AABF-Generalsekretär Ali Dogan. 44 Organisationen unterstützen die Kundgebung. Erdogan verachte die Menschenrechte und sei ein Feind von Kurden und Andersgläubigen sei, erklärte Dogan. Der türkische Regierungschef wollte am Mittag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt zusammenkommen.

Es leben etwa 750 000 Aleviten in Deutschland. Organisiert sind sie in vielen Vereinen und Gemeinden, als Dachverband fungiert die Alevitische Gemeinde Deutschland mit Sitz in Köln. Die liberal-islamische Glaubensgemeinschaft hat ihren Ursprung im schiitischen Islam. Aleviten lehnen die Befolgung der fünf Pflichten des Islam jedoch ab. Auch das islamische Rechtssystem, die Scharia, gilt für sie nicht.

Aleviten besuchen keine Moscheen und legen den Koran nicht wörtlich aus. Männer und Frauen gelten als gleich. In der Türkei leben nach Schätzungen 20 Millionen Aleviten. Sie sind dort nicht offiziell anerkannt.

**Quelle:** [http://www.focus.de/politik/deutschland/proteste-vor-dem-brandenburger-tor-aleviten-demonstrieren-gegen-premier-erdogan\\_aid\\_850609.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/proteste-vor-dem-brandenburger-tor-aleviten-demonstrieren-gegen-premier-erdogan_aid_850609.html)

---

### **Merkel und Erdogan bringen keine Bewegung in EU-Beitrittsgespräche**

Berlin - In die festgefahrenen Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei kommt keine Bewegung. Bei einem Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel in Berlin blieb der



## Alevitische Jugend Frankfurt e.V.

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan vor allem in der Zypern-Frage hart.

Er sprach am Mittwoch im Kanzleramt mit Blick auf das EU-Mitglied ausschließlich vom griechisch-zyprischen Süd-Zypern: «Dass Süd-Zypern aufgenommen wurde in die EU, das ist ein Fehler gewesen. Und dieser Fehler wächst immer weiter.» Das sehe auch Merkel so, sagte Erdogan. Die Kanzlerin reagierte aber nicht darauf.

Sie sicherte Erdogan «ehrliche» Verhandlungen zu und sprach von freundschaftlichen deutsch-türkischen Beziehungen. Als CDU-Vorsitzende bekannte sie sich zur Position ihrer Partei, die keine Vollmitgliedschaft, sondern nur eine «privilegierte Partnerschaft» der Türkei mit der EU haben will. Merkel betonte aber, die Beitrittsgespräche würden ergebnisoffen geführt. Die Kanzlerin will nächstes Jahr in die Türkei reisen.

Gegen Erdogan demonstrierten rund 3500 Menschen in der Nähe des Kanzleramtes. Der Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschland, Ali Dogan, sprach von bis zu knapp 5000 Demonstranten und kritisierte, Erdogan verachte die Menschenrechte und sei ein Feind von Kurden und Andersgläubigen. Unter den Demonstranten waren zeitweise auch Linken-Fraktionschef Gregor Gysi und die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth.

Erdogan setzte sich bei Merkel dafür ein, den fast drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln in Deutschland eine doppelte Staatsbürgerschaft anzubieten. Bisher müssen sich in Deutschland aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie Deutsche bleiben und damit die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern abgeben wollen.

Ankara will Vollmitglied in der Europäischen Union (EU) werden, erkennt Zypern aber nicht an und lehnt die Öffnung der Grenzen zum griechisch-zyprischen Teil ab. Dies ist einer der Konflikte mit der EU. Erdogan betonte: «Wir erkennen Nord-Zypern als Staat an.» Dort sind immer noch schätzungsweise 30 000 türkische Soldaten stationiert. Erdogan beklagte, die Türkei werde bei vielen Gesprächen der EU «gänzlich außen vor gestellt».

Die Grünen forderten Unterstützung für einen EU-Beitritt der Türkei. Parteichef Cem Özdemir sagte im Deutschlandfunk, derzeit sei die Türkei nicht reif für die Aufnahme. Sie habe sich aber verändert, wie eine offenere Diskussion über die Kurdenfrage zeige. Der «Schwäbischen Zeitung» sagte er: «Wir können kein Interesse daran haben, dass sich in der Türkei die falschen Kräfte durchsetzen.»

Erdogan wirft Deutschland und Frankreich vor, nicht entschlossen genug gegen Anhänger der als terroristisch eingestuften Kurdischen Arbeiterpartei PKK vorzugehen. Sie ist in der Türkei verboten. Merkel erklärte dazu, Deutschland werde alles tun, um terroristische Aktivitäten der PKK zu unterbinden. Dies gelte gerade auch dann, wenn es um mögliche Planungen der PKK von deutschem Boden aus gehe.



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) betonte bei einem Besuch in Ankara, Deutschland kümmere sich nach seinen rechtlichen Grundlagen um PKK-Fälle. Außerdem sei die PKK auch in Deutschland verboten. Die Ministerin beklagte Schwächen bei der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei und rechtsstaatliche Mängel wie überlange Untersuchungshaft-Zeiten. Auch die Defizite im türkischen Rechtssystem bremsen die EU-Beitrittsverhandlungen. Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, begrüßte den Appell Erdogans an die in Deutschland lebenden Türken, sehr gut die deutsche Sprache zu lernen und sich für die deutsche Kultur zu interessieren. «Das war ein ganz anderer Zungenschlag als in den bisherigen Reden von Erdogan», sagte Kolat der Nachrichtenagentur dpa.

Quelle:

[http://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/brennpunkte\\_nt/article110446841/Merkel-und-Erdogan-bringen-keine-Bewegung-in-EU-Beitrittsgespraech.html](http://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article110446841/Merkel-und-Erdogan-bringen-keine-Bewegung-in-EU-Beitrittsgespraech.html)

---

### **Aleviten rufen zu Demo gegen türkische Regierungspolitik auf**

#### **Gegen Ankara am Brandenburger Tor**

Tausende Demonstranten wollen heute vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen die türkische Politik protestieren. Ministerpräsident Erdogan und seine Regierungspartei AKP stünden für eine antidemokratische Politik, teilte die Alevitische Gemeinde mit. Sie hat zum Protest aufgerufen. Erdogan hatte gestern die neue Botschaft seines Landes eröffnet.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat anlässlich der Eröffnung der neuen türkischen Botschaft in Berlin die in Deutschland lebenden Türken aufgefordert, sich stärker an der deutschen Gesellschaft zu beteiligen. "Sie sollen sich hier nicht als Gäste sehen, Sie sollen sich als dazugehörig sehen", sagte Erdogan am Dienstag in Berlin. Gleichzeitig sollten sie aber auch ihren türkischen Hintergrund als kulturellen Schatz begreifen.

Außenminister Guido Westerwelle (FDP) betonte in seinem Grußwort, dass die fast drei Millionen Menschen türkischer Herkunft in der Bundesrepublik die deutsche Kultur bereicherten. "Sie sind aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken, sie sind ein Teil von uns", sagte der FDP-Politiker vor den rund 2.000 geladenen Gästen.

Die neue Botschaft ist die größte aller türkischen Auslandsvertretungen. Das Grundstück hatte das damalige Osmanische Reich bereits 1918 erworben. Nach Gründung der türkischen Republik hatten die Botschafter bis 1944 hier ihren Sitz. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die Botschaftskanzlei bei Bombenangriffen zerstört.

Erdogan nannte den Neubau ein Symbol der tief verwurzelten Beziehungen



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

zwischen Deutschland und der Türkei. Der historische Ort an dem sie errichtet wurde, zeige, wie lange die Freundschaft zwischen den beiden Ländern schon währe. Am Mittwoch empfängt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) den türkischen Ministerpräsidenten im Kanzleramt. Bei dem Treffen soll es neben bilateralen Fragen auch um die Lage in Syrien gehen.

### **Appell zur Zweisprachigkeit**

Erdogan rief die Menschen mit türkischem Hintergrund in Deutschland dazu auf, sowohl die deutsche als auch die türkische Sprache "in bester Art und Weise" zu erlernen. Er kündigte an, ein türkisches Kulturzentrum in Berlin eröffnen zu wollen, das den deutschen Goethe-Instituten im Ausland ähneln solle. Er unterstrich, dass hinter den in Deutschland lebenden Türken eine "starke Türkei, mit einer starken Wirtschaft, mit einer aktiven Außenpolitik" stehe.

Als Beispiel für eine gelungene Integration nannte Erdogan den deutschen Fußballnationalspieler mit türkischen Wurzeln, Mesut Özil. Zwar gebe es in der Türkei Menschen die Özils Entscheidung, für das deutsche Team zu spielen, mit gemischten Gefühlen betrachten, aber die meisten Türken seien dennoch stolz auf seinen Erfolg.

Erdogan forderte von der deutschen Bundesregierung zudem mehr Engagement bei der Aufklärung der Mordserie der rechtsextremen Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Aber auch der "alltägliche Rassismus" müsse stets entschieden bekämpft werden.

### **Rückendeckung im Syrien-Konflikt**

Westerwelle sicherte Erdogan derweil seine Unterstützung im Grenzkonflikt mit Syrien zu. "Als NATO-Partner stehen wir Deutsche an Ihrer Seite", sagte er. Im Umgang mit den historischen Umbrüchen in der arabischen Welt seien Deutschland und die Türkei enge Partner. Er fügte hinzu: "Die Besonnenheit, mit der die türkische Regierung handelt, hat unsere Anerkennung und unsere Solidarität."

Westerwelle sprach sich auch für eine weitere Annäherung zwischen der Türkei und der Europäischen Union aus. Seit mehr als zwei Jahren sei in den Beitrittsverhandlungen zur EU kein Kapitel mehr geöffnet worden, sagte der deutsche Außenminister. "Dieser Stillstand ist nicht gut, er ist für beide Seiten schlecht", fügte er hinzu. "Wir wollen im kommenden Jahr einen neuen Anfang machen diesen Stillstand zu überwinden."

### **Grüne kritisieren türkische Regierungspolitik**

Die Grünen kritisierten Erdogans Innenpolitik. Die türkische Justiz agiere "kraft der weiterhin geltenden Anti-Terror-Gesetze wie ein Staat im Staate", rügte Parteichef Cem Özdemir. "Auch die massenhafte Internierung von protestierenden Jugendlichen, Journalisten, Autoren und Verlegern ist ein unhaltbarer Zustand und inakzeptabel", fügten er hinzu.



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

Von der Bundesregierung forderte Özdemir "neue Impulse für die Integration der Türkei". Aktuell benötige das Land zudem "eine glaubwürdige deutsche Unterstützung bei der Versorgung von syrischen Flüchtlingen", betonte der Grünen-Vorsitzende.

Am Mittwoch wollten Tausende Demonstranten vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen die Politik Erdogans protestieren. Der Politiker und seine Regierungspartei AKP stünden für eine antidemokratische Politik, teilten die Veranstalter vorab mit. Erdogan setze eine "Politik der Gleichschaltung, Ausgrenzung, Unterdrückung und Gewalt" fort, hieß es. Die Polizei erwartet bis zu 10.000 Teilnehmer. Weitere Verbände von in Deutschland lebenden Kurden, Yeziden, Assyrer und Armenier wollen sich dem Protest anschließen.

Quelle: <http://www.domradio.de/aktuell/84827/gegen-ankara-am-brandenburger-tor.html>

---

### **Aleviten und Bundespolitiker protestieren gegen Erdogan**

Kritik an Minderheiten-Politik - Linke und Grüne sprechen auf Kundgebung

Berlin (dapd-bl). Tausende Menschen haben am Mittwoch vor dem Brandenburger Tor in Berlin gegen die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan demonstriert. Durch die "antidemokratische Politik" Erdogans werde der Aufbau einer "Parallelgesellschaft in Deutschland" betrieben, kritisierte der Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschland, Ali Dogan. Bundespolitiker von Grünen und Linke unterstützten den Protest.

Hintergrund der Proteste ist ein dreitägiger Besuch Erdogans in Berlin. Seit Montag weilt der türkische Regierungschef in der Hauptstadt. Unter anderem eröffnete er dabei am Dienstag die neue türkische Botschaft. Am Mittwoch stand ein Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf dem Programm.

3.000 Demonstranten vor dem Brandenburger Tor

Nach Angaben der Veranstalter nahmen bis zum Mittag rund 3.000 Menschen an der Kundgebung auf dem Platz des 18. März teil. Die Polizei sprach von 2.500 Teilnehmern. Laut einem Polizeisprecher verlief die Veranstaltung friedlich. Beteiligt hatten sich 42 Gruppierungen, darunter alevitische, kurdische und armenische Verbände und Gemeinden. Die Alevitische Gemeinde hatte dabei zum Protest aufgerufen und 60 Busse mit Unterstützern aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden erwartet. Bis zum Mittag waren 45 Busse in Berlin angekommen. Laut Dogan kritisierten die Teilnehmer auch die Syrien-Politik der türkischen Regierungspartei AKP. In diesem Zusammenhang wolle man auch auf die Lage vieler politischer Gefangener aufmerksam machen, die sich zum Teil im Hungerstreik befänden. "Erdogan versucht sich als Demokrat und Reformator darzustellen", sagte



## Alevitische Jugend Frankfurt e.V.

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

der Generalsekretär. Dabei unterdrücke er immer noch die Rechte ethnischer und religiöser Minderheiten.

### Grüne und Linke sprechen auf Kundgebung

Auf der Kundgebung sprachen die Vertreter verschiedener türkischer Minderheiten jeweils in ihren eigenen Sprachen. Zugleich ergriffen mehrere Bundespolitiker von Grünen und Linke das Wort. Die Grünen-Bundesvorsitzende Claudia Roth vertrat die Auffassung, dass Erdogan Bürger- und Menschenrechte mit Füßen trete. Sie forderte von Erdogan, die Demokratie zum Fundament seiner Europapolitik zu machen. "Ihr seid die Repräsentanten und Botschafter der Unterdrückten", ergänzte der Bundestagsabgeordnete der Grünen, Memet Cilic. Der neue Fortschrittsbericht zu den EU-Beitrittsverhandlungen stelle der Türkei ein Armutszeugnis aus. Die Regierungspartei AKP treibe eine Demokratisierung nur scheinbar voran. Linke-Fraktionschef Gregor Gysi kritisierte unterdessen die Lebensbedingungen ethnischer Minderheiten: "Warum können Kurden in der Türkei nicht leben, wie sie wollen?", fragte er. Er appellierte an Erdogan, den Kurden ihre Kultur und Nationalität in "vollem Umfang" zuzugestehen. Sein Respekt gelte all jenen Menschen in der Türkei, die "in Kauf nehmen, eingesperrt zu werden, weil sie sich für Menschenrechte einsetzen".

Quelle: <http://www.welt.de/newsticker/news3/article110471593/Aleviten-und-Bundespolitiker-protestieren-gegen-Erdogan.html>

---

### Türkischer Ministerpräsident besucht Berlin

Aleviten demonstrieren gegen Erdogan vor dem Brandenburger Tor

Der türkische Premier Erdogan trifft Kanzlerin Angela Merkel und will schwierige Themen wie die Kurdenfrage und den EU-Beitritt der Türkei ansprechen. Doch der Mann vom Bosphorus ist nicht bei allen willkommen.

**Berlin.** Rund 2000 Menschen haben am Mittwochvormittag in Berlin gegen die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan demonstriert. Die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF) erwartete mindestens 10.000 Demonstranten. 70 Busse aus vielen Orten Deutschlands kämen nach Berlin, sagte AABF-Generalsekretär Ali Dogan. 44 Organisationen unterstützen die Kundgebung. Erdogan verachte die Menschenrechte und sei ein Feind von Kurden und Andersgläubigen sei, erklärte Dogan. Der türkische Regierungschef wollte am Mittag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt zusammenkommen.

Quelle: <http://www.haz.de/Nachrichten/Politik/Deutschland-Welt/Aleviten-demonstrieren-gegen-Erdogan-vor-dem-Brandenburger-Tor>

---



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

### **Deutschlandbesuch Tausende demonstrieren in Berlin gegen Erdogan**

Am zweiten Tag seines Deutschlandbesuchs protestieren Aleviten vor dem Brandenburger Tor gegen die Politik Erdogans.

Rund 2000 Menschen haben am Mittwochvormittag in Berlin gegen die Politik des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan demonstriert. Die Alevitische Gemeinde Deutschland (AABF) erwartete mindestens 10.000 Demonstranten. 70 Busse aus vielen Orten Deutschlands kämen nach Berlin, sagte AABF-Generalsekretär Ali Dogan. 44 Organisationen unterstützen die Kundgebung. Erdogan verachte die Menschenrechte und sei ein Feind von Kurden und Andersgläubigen sei, erklärte Dogan. Der türkische Regierungschef wollte am Mittag mit Bundeskanzlerin Angela Merkel im Kanzleramt zusammenkommen.

Ein Ziel der Demonstranten sei es, gegen den ihrer Meinung nach falschen Integrationsansatz Erdogans zu protestieren, sagte Dogan. Dieser schaffe "Isolationsgesellschaften". Die Alevitische Gemeinde bezeichnete Erdogan als "Architekten einer Parallelgesellschaft unter türkischen Jugendlichen in Deutschland". Weitere Kritikpunkte der Aleviten an dem türkischen Ministerpräsidenten sind, dass Erdogan in der Türkei die Menschenrechte verachte und ein Feind von Kurden und Andersgläubigen sei.

Polizei und Aleviten-Gemeinde gingen am Morgen von einer friedlichen Kundgebung aus. Der offizielle Anlass des Besuches des türkischen Ministerpräsidenten in Berlin war die Eröffnung der neuen türkischen Botschaft im ehemaligen Diplomatenviertel in Tiergarten am Dienstagabend. Bereits am Dienstag hatten sich knapp 20 Demonstranten anlässlich eines Vortrags von Erdogan am Pariser Platz versammelt, um friedlich gegen Erdogans Politik zu demonstrieren. Erdogan nennt 2023 als Frist für türkischen EU-Beitritt

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan hat unterdessen das Jahr 2023 als späteste Frist für einen EU-Beitritt seines Landes genannt. Er hoffe nicht, dass Europa die Türkei "so lange hinhalten" werde, sagte Erdogan nach Angaben seiner Partei AKP am Dienstagabend in Berlin. "Wenn sie versuchen, uns bis dahin hinzuhalten, dann wird die EU verlieren, zumindest werden sie die Türkei verlieren", sagte Erdogan. Am zweiten Tag seines Berlin-Besuchs will der türkische Premier am Mittwoch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zusammenkommen. Erdogan erinnerte daran, dass seine Regierung die Türkei bis zum 100. Jubiläum der Republik-Gründung im Jahr 2023 in vielen Bereichen grundlegend modernisieren wolle. Für die kommenden Generationen bereite die Regierung "eine ganz andere

Türkei" vor, sagte Erdogan nach einem Protokoll seiner Äußerungen auf der AKP-Internetseite.

Der türkische Premier ging auch auf die Probleme im EU-Prozess der Türkei und insbesondere den Zypern-Konflikt ein. Er warf der EU vor, die griechische Republik Zypern trotz der Teilung der Mittelmeerinsel im Jahr 2004 als Mitglied aufgenommen zu haben. Merkel habe dies ausdrücklich als "Fehler" bezeichnet, sagte Erdogan.





## Alevitische Jugend Frankfurt e.V.

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

Die Türkei hat für die Dauer der zyprischen EU-Ratspräsidentschaft bis zum Jahresende die Kontakte mit der EU reduziert. Die seit 2005 laufenden Beitrittsgespräche der Türkei seien deshalb derzeit "abgebrochen", sagte Erdogan. "Bis zum Ende dieser Präsidentschaft wird es keine Verhandlungen mehr geben." Türkische EU-Politiker hoffen auf einen Neubeginn des Verhandlungsprozesses unter der irischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2013. Trittin fordert von Merkel Kurswechsel in der Türkeipolitik

Vor dem Treffen von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) mit dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan am Mittwoch im Kanzleramt in Berlin hat Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin die Bundesregierung zum Kurswechsel in der Türkeipolitik aufgefordert. In einem Gespräch mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Trittin, Merkels Türkeipolitik bedürfe einer "grundsätzlichen Überprüfung". Der Grünen-Politiker forderte, in der Frage des EU-Beitritts auf die Türkei zuzugehen, "anstatt sie immer krampfhaft außen vor zu halten".

Trittin fügte hinzu, die EU müsste mittlerweile großes Interesse daran haben, den wirtschaftlich boomenden und in der Region politisch bedeutsamen Schlüsselstaat am Bosphorus an ihrer Seite zu haben. Die Türkei unter Erdogan hat sich nach Einschätzung Trittins im Vergleich zur Zeit vor 15 Jahren "erheblich zum Positiven" verändert. Das gelte auch für die Menschenrechtspolitik, wo jedoch noch Einiges zu tun bleibe. So stehe die Anwendung der Anti-Terror-Gesetze in den Grenzgebieten gegen die Kurden und die Politik gegenüber den Minderheiten einem EU-Beitritt im Weg.

Trittin sprach sich zudem für das Angebot Deutschlands an die Regierung Erdogan aus, ein Kontingent syrischer Flüchtlinge zu übernehmen, um so die Türkei zu entlasten. "Wir sollten uns aber nicht an der religiösen Überzeugung dieser Menschen ausrichten", forderte Trittin – auch, weil manche Christen in Syrien ganz eigene Interessen verfolgten und häufig Präsident Baschar al-Assad unterstützten.

Quelle: <http://www.morgenpost.de/politik/inland/article110458225/Tausende-demonstrieren-in-Berlin-gegen-Erdogan.html>

---

### Zehntausende wollen gegen Erdogan protestieren

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan reist heute für einen offiziellen Besuch nach Berlin. Doch nicht alle werden ihn herzlich empfangen: Die Aleviten wollen gegen ihn demonstrieren. Von Freia Peters

Die Aleviten in Deutschland machen dieser Tage ein Versprechen wahr. "Sobald **Tayyip Erdogan** wieder seinen Fuß auf deutschen Boden setzt, werden wir gegen ihn protestieren", sagt Ali Dogan, Generalsekretär der Alevitischen Gemeinde Deutschlands. "Wir werden nicht weiter dulden, dass dieser Unmensch in Europa als Demokrat gilt."



## Alevitische Jugend Frankfurt e.V.

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

Das hatte Dogan bereits im März 50.000 Türkeistämmigen versprochen, als die Aleviten gemeinsam mit Kurden, Armeniern und türkischen Sozialdemokraten in Bochum gegen Erdogan protestiert hatten.

Auslöser war damals die geplante Verleihung des Steiger Awards an Erdogan, einer Auszeichnung für Menschlichkeit und Toleranz. Damals wie heute ist sich Dogan sicher, dass Erdogan ein "lupenreiner Antidemokrat" ist.

Über Jahrhunderte blutig unterdrückt

Erdogan und seine Partei würden Menschenrechtsverletzungen betreiben und etwa Drahtzieher und Täter des Massakers von Sivas gegen die Aleviten im Jahr 1993 decken. Dogan: "Andersgläubige und kritische Journalisten werden Opfer willkürlicher Haft in der Türkei."

Den Aleviten gehören in Deutschland etwa 500.000 Türkeistämmige an. Hierzulande kämpfen sie gegen das machtbewusste Vordringen des türkischen Staates, den Islamismus und Nationalismus. Die Scharia, Pflichtgebete, Alkoholverbot, Kopftuchverbot – das alles lehnen die Aleviten ab, Anhänger einer liberalen schiitischen Glaubensgemeinschaft.

In der Türkei wurden sie über Jahrhunderte von der sunnitisch-muslimischen Mehrheit blutig unterdrückt, noch heute werden sie diskriminiert. Entsprechend wissen Aleviten ihre Freiheiten und Rechte in der deutschen Heimat zu schätzen.

Dem türkischen Ministerpräsidenten werfen sie unermüdlich vor, ihm fehle jedes Recht, sich hierzulande als Beschützer von Minderheiten aufzuspielen, während er in seinem eigenen Land Minderheiten schikaniere.

Erdogan nutzt seine Reisen nach Deutschland mit Vorliebe zu Wahlkampfzwecken. Bei seiner Rede 2008 verkündete er vor 20.000 Landsleuten in der Köln-Arena, Assimilation sei "ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit".

Werden über den Kurdenkonflikt sprechen

Nun ist es also wieder so weit, dass viele Tausend Aleviten ihrer Wut Ausdruck verleihen können. Anlässlich der Eröffnung der türkischen Botschaft, der größten Auslandsvertretung der Türkei überhaupt, reist Erdogan nach Berlin. Am Mittwoch erwartet Angela Merkel den türkischen Ministerpräsidenten zum Mittagessen im Kanzleramt. In Vieraugengesprächen soll es vor allem um die Syrien-Krise gehen, aber auch den EU-Prozess der Türkei.

Zu den Protesten rund um Erdogans Besuch werden mehrere Zehntausend Menschen erwartet. Im Kern geht es den Aleviten um drei Forderungen: kein Krieg mit Syrien und keine Waffenlieferungen an dschihadistische Truppen aus der Türkei, Freiheit für die politischen Gefangenen, von denen sich viele in der Türkei im Hungerstreik befinden. Und drittens gleiche Rechte für alle ethnischen und religiösen Minderheiten in der Türkei. "Es darf nicht sein, dass die Türkei Minderheiten weiter unterdrückt", sagt Ali Dogan.



## Alevitische Jugend Frankfurt e.V.

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

Merkel und Erdogan werden auch über den Kurdenkonflikt sprechen. Die deutschen Behörden unternehmen nicht genug gegen die PKK, die in der Bundesrepublik Schutzgelder sammelt und neue Anhänger wirbt, hatte Erdogan noch im September gewettert und unterstellt, Deutschland wolle keine Lösung des Kurdenkonflikts in der Türkei. Auch Erdogan, türkischer Ministerpräsident seit 2003, ist davon weiter entfernt denn je, denn unvermindert gibt es Kämpfe zwischen der Armee und PKK-Rebellen.

Erdogans Politik wird nationalistischer

Für den Premier steht viel auf dem Spiel. Die türkische Regierung hat im Syrien-Konflikt für die Opposition gegen Assad Partei ergriffen. Seitdem strömen Tausende Flüchtlinge über die Grenze. Außerdem droht Erdogan durch seine Parteinahme für die Islamisten des "arabischen Frühlings" die Sympathien der weltlichen Kräfte im arabischen Raum zu verlieren.

Lange Zeit wurde Erdogan in der arabischen Welt verehrt, weil er den Beweis erbracht hatte, dass der Islam kompatibel ist mit Entwicklung und Fortschritt. Seit Erdogan an der Macht ist, boomt das Land: Das Wirtschaftswachstum ist hoch, die Arbeitslosigkeit so niedrig wie lange nicht. Doch Erdogans Politik wird nationalistischer und militaristischer.

In der vergangenen Woche stand in Istanbul der Pianist und Komponist Fazil Say vor Gericht, weil er über den Islam gescherzt hat. Künstler, Intellektuelle und andere Kritiker sehen in dem Prozess einen weiteren Beleg für die Islamisierung des Landes. Und den Versuch, stellvertretend all jene einschüchtern zu wollen, die Erdogans Politik und die seiner Partei AKP ablehnen, sagt Prozessbeobachterin Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Linke-Fraktion. Deshalb werde sie am Mittwoch mitdemonstrieren. Zunehmend radikale Islamisierung der Türkei?

Ebenso haben Kurden und Armenier zum Protest aufgerufen. Der Westen müsse die zunehmend radikale Islamisierung der Türkei endlich zur Kenntnis nehmen, auch dass Ankara ihm den Rücken kehre, sagt Azat Ordukhanyan, Vorsitzender des Zentralrats der Armenier in Deutschland (ZAD).

Erst vor einigen Wochen hatte Erdogan auf dem Parteitag seiner AKP den Weg seines Landes gen Westen unter dem Jubel seiner Anhänger so beschrieben: Das Ziel sei "2071". 2071 nämlich jährt sich zum 1000. Mal die Schlacht von Manzikert, die den Sieg der türkischen Macht über Byzanz vorbereitete – und den Sieg über die Christen.

<http://www.welt.de/politik/deutschland/article110379400/Zehntausende-wollen-gegen-Erdogan-protestieren.html>

---



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

### **Erdogan in Berlin - Aleviten kündigen Proteste an**

Der türkische Regierungschef Erdogan eröffnet eine neue Botschaft seines Landes in Berlin. Bei seinem Besuch werden Proteste erwartet.

Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan eröffnet an diesem Dienstag um 17 Uhr die neue Botschaft seines Landes in Berlin. Zu der Feier werden mehr als 1400 Gäste erwartet, darunter Bundesaußenminister Guido Westerwelle (FDP). Nach fast 70 Jahren bekommt die Türkei damit wieder eine Vertretung im historischen Botschaftsviertel der Hauptstadt. Allerdings ist das deutsch-türkische Verhältnis derzeit nicht frei von Spannungen. In Deutschland leben rund 2,5 Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln, in Berlin haben mehr als 100.000 Menschen einen türkischen Pass. Mehrere Gruppen, etwa die Minderheit der Aleviten, haben Demonstrationen gegen Erdogan angekündigt.

#### Gespräche mit Merkel über Lage in Syrien

Bei seinen politischen Gesprächen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am Mittwoch wird es auch um die Lage in Syrien und um die Situation syrischer Flüchtlinge gehen. Die Bundesregierung ist bisher der Ansicht, dass den Flüchtlingen am besten in der Region geholfen werden kann. Berlin hat dafür über 50 Millionen Euro für humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt, vor allem für Flüchtlinge in Syrien selbst, in Jordanien und im Libanon. In der Türkei sind bisher mehr als 100.000 syrische Flüchtlinge angekommen.

Streitthema zwischen Berlin und Ankara ist auch das Kurdenproblem. Erdogan wirft Deutschland und Frankreich vor, nicht entschlossen genug gegen die als terroristisch eingestufte kurdische PKK vorzugehen. Auch die angestrebte, aber in weite Ferne gerückte EU-Mitgliedschaft der Türkei dürfte zur Sprache kommen.

#### Pro-europäische Signale erwartet

Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz (CDU), erwartet vom Berlin-Besuch Erdogans eindeutige pro-europäische Signale. Nötig sei "eine klare Ansage, dass die Türkei am Reformkurs in Richtung EU festhält und diesen mit neuem Schwung versehen will", sagte Polenz der "Süddeutschen Zeitung".

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) äußerte sich besorgt über die Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei. Hier gebe es Rückschritte, sagte die Ministerin am Dienstag zum Start einer viertägigen Türkei-Reise. In internationalen Berichten werde beklagt, dass in der Türkei zuletzt doppelt so viele Journalisten inhaftiert worden seien wie im vergangenen Jahr, mahnte sie. "Der Rechtsstaat muss eine kritische Recherche und Berichterstattung aushalten können, gerade darin zeigt sich seine Stärke."

Quelle: <http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article110400876/Erdogan-in-Berlin-Aleviten-kuendigen-Protecte-an.html>

---



## **Alevitische Jugend Frankfurt e.V.**

An der Steinmühle 16, 65934 Frankfurt am Main

Tel.: 069 - 41 91 16

Fax: 069 - 66 96 10 44

[alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de](mailto:alevitische-jugendliche-ffm@gmx.de)

---

### **Justizministerin besorgt wegen Pressefreiheit in Türkei**

Kurz vor dem Deutschlandbesuch des türkischen Ministerpräsidenten hat sich Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) besorgt über die Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei geäußert.

Berlin/Ankara - Kurz vor dem Deutschlandbesuch des türkischen Ministerpräsidenten hat sich Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) besorgt über die Lage der Meinungs- und Pressefreiheit in der Türkei geäußert.

Hier gebe es Rückschritte, sagte die Ressortchefin am Dienstag zum Start einer viertägigen -Reise in einem Interview der Deutschen Presse-Agentur. In internationalen Berichten werde beklagt, dass in der Türkei zuletzt doppelt so viele Journalisten inhaftiert worden seien wie im vergangenen Jahr, mahnte sie. "Der Rechtsstaat muss eine kritische Recherche und Berichterstattung aushalten können, gerade darin zeigt sich seine Stärke." Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan kommt an diesem Dienstag nach Berlin.

Quelle: <http://www.stern.de/politik/ausland/justizministerin-besorgt-wegen-pressefreiheit-in-tuerkei-1917842.html>